

Protestmail gegen geplante Messerverbote

Mitte Juni hat der Bundesrat eine Initiative zur Verschärfung des Waffenrechts für Messer gestartet. Gemeinsam mit dem VDB (Verband Deutscher Büchsenmacher und Waffenfachhändler), IVSH (Industrieverband Schneid- und Haushaltswaren), BSB (Bundesverband Schneidwarenfachhandels-Betriebe) und dem Messer Magazin haben wir eine Allianz gebildet, um uns gegen die drohende Gefahr der Messerverbote zu wehren.

Für die erfolgreiche Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Maßnahmen benötigen wir die Unterstützung unserer Fachhandelspartner, Kunden und Messerliebhaber. Kontaktieren sie die Bundestagsabgeordnete(n) und Landtagsabgeordnete(n) ihres Wahlkreises, um unserer Branche eine Stimme zu geben. Im Folgenden finden sie Argumente und Textbausteine, die ihnen bei der Formulierung helfen können.

Argumente / Textbausteine

Deutschland trauert um die Opfer von Gewalttaten mit Messern. Doch niemandem ist damit geholfen, allein das Nutzwerkzeug Messer - und damit viele unbescholtene Bürger - zu kriminalisieren, anstatt das Problem an der Wurzel zu packen und zielgerichtete Maßnahmen gegen die Täter zu ergreifen.

Anstatt reflexhaft neue Messerverbote zu fordern - die sich dann auch kaum kontrollieren lassen -, sollten erst einmal die bereits bestehenden rechtlichen Möglichkeiten konsequent genutzt werden. Das beste Beispiel hierfür ist die Polizei Dortmund: anstatt unbescholtene Bürger ihre Messer zu verbieten, werden von der Polizei Dortmund Waffen- und Messerverbote gezielt für Straftäter und Gefährder ausgesprochen - und genau bei diesen auch gezielt kontrolliert. Die rechtschaffenen Bürger bleiben unbehelligt.

Messerverbote „mit der Gießkanne“ sind wirkungslos. Das zeigen die Erfahrungen aus England, wo Messerkriminalität schon seit vielen Jahren statistisch erfasst wird und trotz Verboten ansteigt. Auch in Deutschland zeigt sich dies: Seit 2003 wurde das Waffengesetz ganze vier Mal mit immer weiteren Messerverbote verschärft, und genutzt hat es gar nichts - die Gewaltkriminalität steigt immer weiter an. Messerverbote sind sinnlos, denn Kriminelle halten sich nicht an Verbote!

Der Bundesrat fordert ein Totalverbot von allen Springmessern, Kampfmessern, Dolchen und „gleichartigen Messer“ mit dem Argument, dass hiervon „eine erhebliche Gefahr ausgehe und Angriffe damit tödlich endlich können“. Dieses Verbot ist sinnlos, da letztlich bei Missbrauch von allen Werkzeugen eine erhebliche Gefahr ausgeht und Angriffe damit tödlich enden können – mit der gleichen Begründung müsste man dann auch Schraubendreher, Hämmer usw., ja sogar Autos verbieten, da man auch diese in eine Waffe verwandeln kann.

Auch die Betonung der Gefährlichkeit von Dolchen geht am Problem der Gewaltvermeidung vorbei, da diese bereits rechtlich als „Hieb- und Stoßwaffen“ gelten. Sie sind also bereits für Minderjährige verboten und fallen zudem auch schon seit vielen Jahren unter das Führverbot nach § 42a WaffG. Ein zusätzliches Totalverbot ist sinnlos, denn Kriminelle halten sich noch nicht einmal an das Führverbot.

Die geplante 6-cm-Grenze für das Führen ist nutzlos, denn Kriminelle ignorieren das Führverbot auch jetzt schon ständig. Hierfür ist der Mordanschlag von Mannheim das beste Beispiel: Der Täter benutzte ein mitgeführtes Messer deutlich länger als die derzeit erlaubten 12 cm. Durch eine Verschärfung des Führverbots wären wieder nur die ohnehin gesetzestreuenden Bürger betroffen.

Die vom Bundesrat geforderten Messerverbote sind nutzlos und kriminalisieren unzählige Bürger: Millionen unbescholtene Wähler, die das Messer im Alltag als Werkzeug nutzen, sowie Sammler besonderer Messer. Besonders die Beliebigkeit und Unbestimmtheit vieler Begrifflichkeiten führt zu rechtlicher Unsicherheit bei Behörden und Bevölkerung. So besteht zum Beispiel die reale Gefahr, dass zukünftig wertvolle Sammlerstücke allein wegen ihres ungewöhnlichen Designs als illegale „Kampfmesser“ kriminalisiert werden.

Eine Lösung für das Problem ist nicht Kriminalisierung und Gängelung unbescholtener Bürger durch ausufernde Verbote, sondern mehr Polizeipräsenz, eine zeitnahe und harte Bestrafung von Tätern, bessere personelle und materielle Ausstattung von Polizei und Justiz sowie spürbare politische Rückendeckung für sie bei robustem Vorgehen.